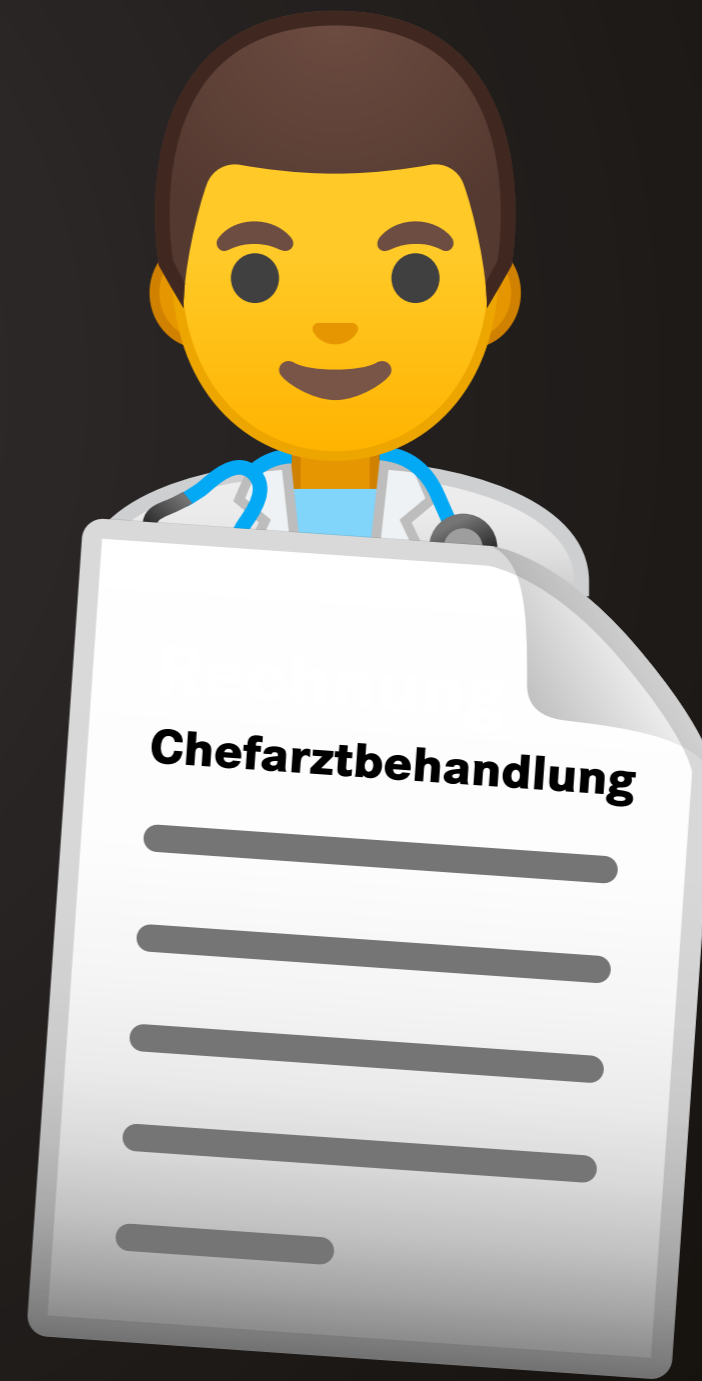


Ist das
gerecht?

Wer viel Geld hat, kann sich beim Arzt die 1. Klasse leisten.



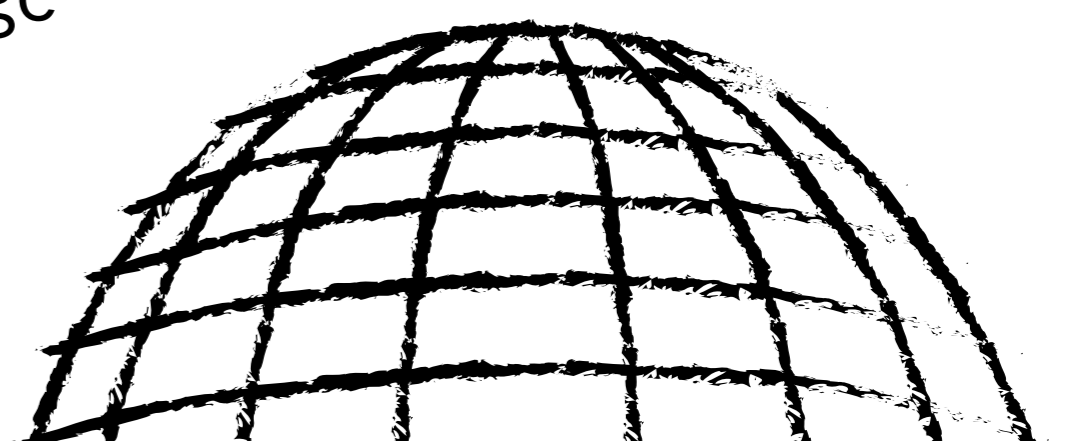
Das Problem

Ein Mensch ist ein Mensch, egal wie arm oder reich er ist. Wir alle haben das Recht auf bestmögliche Gesundheitsversorgung, damit wir möglichst gar nicht erst krank, im Erkrankungsfall aber so schnell und gut wie möglich gesund werden. In Deutschland existiert jedoch eine Klassengesellschaft auch in der Arztpraxis und im Krankenhaus:

Wer gut verdient, kann sich privat versichern und erwirbt damit Anspruch auf Vorzugsbehandlung, nicht nur bei der Terminvergabe. Private Versicherer werben mit geringeren Beiträgen als bei der gesetzlichen Krankenkasse – das können sie, weil Menschen mit besseren Einkommen oft gesünder sind als ärmere Menschen und sich eher privat versichern. Diese „Rosinenpickerei“ steht für Ungerechtigkeit und Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Im Alter steigen die Beiträge bei den privaten Versicherern oft dramatisch, weil die betroffenen Menschen aufgrund ihres Alters häufiger medizinische Hilfe benötigen. Ein Wechsel in die dann günstigere gesetzliche Versicherung ist aber nicht mehr möglich. Wenn die Rente nicht reicht, wie bei einigen Handwerksmeistern, bleibt am Ende die Frage: Grundsicherung beantragen oder arbeiten bis zum Umfallen?

Unsere Lösung

Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle, die uns in jeder Lebensphase bestmöglich absichert. Darin sollen alle einbezogen werden, auch Unternehmerinnen und Unternehmer, Beamtinnen und Beamte oder Politikerinnen und Politiker. Für sämtliche Einkommensarten, auch für Gewinne und Kapitalerträge, sollen Beiträge entrichtet werden. So wird es für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen billiger. Die private Krankenversicherung ist als Vollversicherung unnötig und sollte abgeschafft werden, auch weil sie oft ein großes finanzielles Risiko im Alter bedeutet. Eine breite, solidarische Einnahmehasis für das Gesundheitswesen erleichtert es auch, den dort Beschäftigten endlich bessere Einkommen und Arbeitsbedingungen zu bieten. Übrigens: Es muss klar sein, dass der Staat die Krankenkassen in der Krise stützt. Pandemiebekämpfung ist Bevölkerungsschutz! Die Einkommensverluste der Versicherten dürfen nicht zu höheren Beiträgen führen. Daher muss es eine staatliche Garantie geben, dass die Zusatzbeiträge nicht steigen. In einer solidarischen Gesundheitsversicherung wären sie ohnehin unnötig.



DIE LINKE.
LANDESGRUPPE SACHSEN

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag